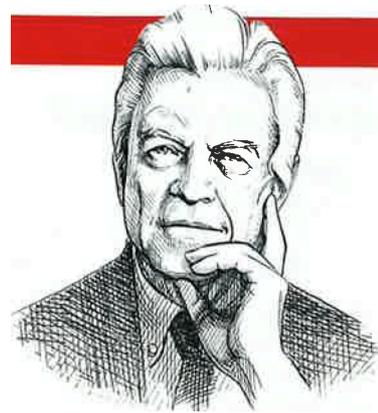


Gedanken eines Europäers

Cameron und Europa: eine Pascalsche Wette

VON *DUSAN SIDJANSKI**



Diese Analyse beginnt mit ihrem Schluss: Das Vereinigte Königreich ist dazu bestimmt, in der EU zu bleiben, wie es sich auch sein Premierminister wünscht. Durch das Referendumsversprechen im Falle eines Wahlsiegs soll die Frage nun mittels Bürgerbeteiligung entschieden und die Phase der Unsicherheit beendet werden.

Die Wahl am 7. Mai 2015 hat zwei Überraschungen mit sich gebracht. Den Sieg der Konservativen, die 321 Sitze erreichten, und den Erdrutschsieg der SNP, angetrieben von Nicola Sturgen, die 56 der 59 Sitze errang. Die großen Verlierer: Labour, die nur 232 Sitze gewinnen konnten, die Liberaldemokraten, die von 56 auf 8 Sitze stürzten und UKIP, die einen Sitz halten konnten, obgleich sie 12,6% der landesweiten Wählerstimmen erhielten. Diese politischen Umwälzungen lassen die tiefen Gräben offen zutage treten, die das Königreich in seiner Einheit durch Unabhängigkeitsströmungen bedrohenden. Daher wurde Schottland eine fiskale Autonomie zugestanden, während London die souveränen Hoheitsrechte behält. Eine zweite Bruchlinie zwischen Pro- und Anti-Europäern durchzieht die konservative Partei, die europhilen Parteien Labour und SNP gegen die europhobe, populistische UKIP.

Diese neue Realität hat zu einer neuen Strategie Camerons geführt. Seine erste Geste war, euroskeptische Tories in herausragende Stellungen zu heben. Er folgt damit der italienischen Methode, die auf die Einrahmung der Gegner setzt, um diese besser zu beherrschen. Darüber hinaus startete er seine Tour durch die europäischen Hauptstädte auf der Suche nach Unterstützung für Reformen des Lissabon Vertrags in Paris, Berlin und anderswo: mehr

* Dusan Sidjanski, ehemaliger Sonderberater EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso, ist Begründer der Politikwissenschaftsabteilung der Universität Genf. Er ist **ausserdem** Stiftungsratsmitglied der Internationalen Latsis-Stiftung und Ehrenpräsident des Europäischen Kulturzentrums.

Flexibilität, weniger Bürokratie, Rückführung gewisser Prärogativen nach Westminster, Zuwanderungskontrolle und Bekämpfung des "Sozialtourismus". Grundlegende Umwälzungen dieser Art werden, wie jede Reformverhandlung, Jahre brauchen. Wie soll man in diesem Kontext die Drohung des Premierministers und seines Außenministers verstehen, die zum Austritt aufriefen, falls sie keine Zugeständnisse der anderen 27 Mitgliedstaaten erreichten? Sind sie bereit, einen solchen selbstmörderischen Akt für ihr eigenes Land und schädlich für Europa zu begehen?

Vor allem da die störrischen Tatsachen die Verflechtung des Vereinigten Königreichs mit der europäischen Wirtschaft, sogar der europäischen Gesellschaft belegen. Zum Beleg seien ein paar Zahlen genannt, die zeigen, dass die Union ein unverzichtbarer Partner des Vereinigten Königreichs ist: Sein Anteil am innereuropäischen Handel liegt bei 53%, während die Mehrheit der Direktinvestitionen aus Europa kommen. 4, 2 Millionen Arbeitsplätze hängen von den Exporten in die Union ab. Wird die britische Regierung in einer Kurzschlussbehandlung diese Vorteile, die der Binnenmarkt mit seiner Sicherheit und dem Zugang zum europäischen Markt mit seiner hohen Kaufkraft gewährt, wegwerfen? Im Übrigen habe ich Zweifel daran, ob Cameron bereit ist, die Unterstützung der Wirtschaft und der City zu opfern, die beide den Verbleib in der Union fordern. Der Präsident des unabhängigen Beratungsgremiums des *Regional Growth Fund* hat mir versichert, dass er im gegebenen Moment sein ganzes Gewicht in die Waagschale werfen wird. In Bezug auf Schottland gilt, dass ein Austritt den Weg in die Unabhängigkeit lediglich beschleunigen würde. Das wäre ein Beispiel, das andere Regionen in ihren Autonomiebestrebungen anregen könnte. Europa ist politisiert.

Auf internationaler Ebene ist die Lage düster. Seitdem das britische Parlament gegen eine von Frankreich und den USA angedachte Intervention in Syrien gestimmt hat, ist die *special relationship* mit den USA stark angespannt. Die von den Amerikanern privilegierten Partner sind Deutschland und Frankreich, die größte Wirtschaftsmacht zusammen mit dem politisch-militärischen Bündnispartner. Alleinstehend riskiert das Vereinigte Königreich, seinen internationalen Status, den es mit Frankreich als ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrats, als Nuklearmacht und aufgrund seiner Fähigkeit der Intervention für den Frieden hat. In einer Zeit, in der sich äußere Bedrohungen verschärfen, ist es nicht denkbar, dass eine britische Regierung die eigene Wirtschaft, die politische Einheit und den internationalen Einfluss des

BILAN, Ausgabe 14 vom 19. August zum 1. September 2015

eigenen Landes gefährdet. Daher setze ich in meiner Wette auf zwei Gewinner, die Europäische Union und das Vereinigte Königreich.